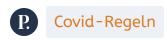
Schnellauswahl Corona Innenpolitik Ausland Economist Kultur Chronik Wien Sport



Quarantäne-Bonus: Soll man fürs Daheimbleiben zahlen?



Optimal klappt es mit der Quarantäne in Österreich nicht. APA/dpa/Julian Stratenschulte

30.01.2021 um 09:02

von Ulrike Weiser



Neu!



und Gabriel Rath

20 Prozent sagen, sie könnten sich eine Quarantäne "nicht leisten". Laufende Studien geben Einblick, warum Menschen "tricksen". Wie kann man gegensteuern? Eine Idee aus England entzweit Expertinnen und Experten.

London/Wien. Infiziert – na und? Laut Untersuchungen der englischen Gesundheitsbehörden halten weniger als 60 Prozent der mit Covid-19 diagnostizierten Personen die vorgeschriebene Quarantäne ein. 15 Prozent gehen weiterhin arbeiten.

Als Hauptgrund werden finanzielle Sorgen genannt. Bisher haben nur Sozialhilfe- und Mindestlohnbezieher, die nicht von zu Hause aus arbeiten können, Anspruch auf eine zusätzliche Einmalzahlung von 500 Pfund (564 Euro). Im Gesundheitsministerium wird nun aber – auch wenn ein Sprecher des Premiers solche Pläne dementiert – diskutiert, den Bonus auf alle Arbeitnehmer auszuweiten. Der ehemalige Gesundheitsminister Jeremy Hunt unterstützt diese Position: "Das wahre Problem sind nicht die etwa 10.000 Personen, die jeden Tag in unserem Land eintreffen, sondern jene 30.000, die sich in Selbstisolation aufhalten sollten und es nicht tun."

Und in Österreich? Prognoseforscher wie Nikolas Popper und Peter Klimek haben zuletzt angesichts nicht so recht sinkender Neuinfektionszahlen angedeutet, dass es mit der Quarantäne nicht optimal klappt. Daten wie in London gebe es aber nicht, heißt es aus der Regierung. Bekannt sind nur die Anzeigen wegen Verstößen nach dem Covid-19-Maßnahmengesetz: So meldete die Polizei zwischen 17. November 2019 und dem heurigen 25. Jänner 19.634 Anzeigen an die Gesundheitsbehörden.

Doch einen Hinweis liefert das "Austrian Corona Panel Project" der Uni Wien, das seit Beginn der Pandemie läuft: Bei einer repräsentativen Befragung zum Thema Massentests Mitte Dezember sagten nämlich 20 Prozent, dass sie sich eine Quarantäne "nicht leisten" könnten. "Nicht leisten können" sei psychisch, familiär wie auch ökonomisch zu verstehen, erläutert die Politikwissenschaftlerin und Studien-Co-Autorin Barbara Prainsack. "Manche, die schon zum dritten Mal K1 (enge Kontaktperson) sind, haben Angst, dass ihnen das in der Arbeit mittelfristig schadet. Manche sagen auch, dass sie es einfach mental nicht schaffen." Diese Haltung ziehe sich durch alle Schichten. Und eine Folge sei eben: Man beginne "zu tricksen".

Selbst die Regeln herauspicken

Nun bedeutet das Ergebnis der Befragung nicht, dass 20 Prozent tatsächlich einen Quarantänebescheid ignorieren würden, aber "kreative Auslegungen" kommen vor, wie eine qualitative Interviewstudie zeigt: "Die Menschen sagen uns: Ich muss die kleinen Regeln brechen, um die großen einzuhalten", so Prainsack. Die Verstöße beträfen vor allem den "Niedrigrisikobereich": "Man geht trotz Quarantäne spazieren oder gibt dem Kind – außer es ist positiv getestet – ein fiebersenkendes Mittel, damit es in den Kindergarten

kann. Die Menschen sind dabei nicht einfach rücksichtslos, sie picken sich nur die Regeln heraus, die sie für fair und sinnvoll erachten." Das deckt sich mit der Einschätzung des Büros des Wiener Gesundheitsstadtrats: Bei Verstößen gehe es meist ums Einkaufen oder einen Spaziergang im Park.

Wobei: Manche wollen es gar nicht erst auf eine Quarantäne ankommen lassen. Eine Befragte erzählte Prainsack, sie habe 1450 nicht angerufen, weil sie "den ganzen Rattenschwanz an schlecht organisierten Maßnahmen" vermeiden wollte. Stattdessen habe sie sich selbst isoliert. Für Prainsack ist auch der Unterschied zum Frühjahr inzwischen deutlich: "Es gibt mehr Widerstand, die Kooperationsbereitschaft bricht weg. Manche sagen: Wenn man Skifahren gehen darf, bin auch nicht mehr bereit, mich an alles zu halten."

Ähnliches beobachtet auch die Soziologin Ulrike Zartler (Uni Wien), die eine Verlaufsstudie zu Corona und Familie leitet: "Die Eltern haben uns schon im Frühsommer gesagt, dass sie befürchten, weitere Lockdowns nicht auszuhalten. Wenn zwei oder drei Kinder in einer Familie leben, ist praktisch immer irgendjemand K1. Das ist extrem anstrengend." Ausnahmen von der Quarantäne würden wenn, dann vor allem für die Kinder gemacht: "Die Eltern leiden am meisten, wenn sie sehen, dass ihre Kinder leiden." So lasse man K1-Kinder doch zum Spielen in den Hof, auch wenn das eigentlich verboten sei. Kleine Verstöße würden inzwischen auch im sozialen Umfeld eher akzeptiert: "Im Frühjahr war die normative Kontrolle größer. Wer sich nicht an Regeln gehalten hat, musste mit schlechter Nachrede aus dem sozialen Umfeld rechnen. Jetzt hat man mehr Verständnis."

"Auf politischer Ebene", sagt Zartler, "macht man sich keine Gedanken, was Quarantäne für Familien bedeutet, was es heißt, wenn ein Elternteil – vielleicht noch dazu ein alleinerziehender – krank ist und am liebsten 20 Stunden am Tag schlafen möchte und gleichzeitig keine Hilfe für die Kinderbetreuung holen darf, weil niemand in die Wohnung kommen soll. Quarantäne sei wie Gefängnis, hören wir in unseren Interviews." Sich in der Situation an Behörden wie die MA11 (Jugendamt) zu wenden, komme für die meisten Eltern nicht infrage: aus Angst vor möglichen behördlichen Spätfolgen der dokumentierten Überforderung. "Da hält man lieber durch."

Durchhalten, Mund halten sei auch etwas, was mitunter Arbeitgeber einfordern, sagt Zartler. In den Befragungen hätten Eltern auch berichtet, dass Arbeitgeber Druck machten, im Krankheitsfall nicht zu sagen, dass man mit den Kollegen Kontakt gehabt habe, damit der Betrieb nicht in Mitleidenschaft gezogen sei oder man eventuell eine ganze Filiale sperren müsse.

Wie kann man nun gegensteuern, Menschen motivieren, sich bei Symptomen testen zu lassen und sich an die Quarantäne zu halten? Von schärferen Kontrollen hält Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Winter-Ebmer von der Linzer Johannes-Kepler-Universität wenig. Dafür kann er der britischen Idee eines Quarantäne-Bonus etwas abgewinnen. "Die Regierung gibt zirka 60 Milliarden Euro für die Reparatur der Coronafolgen aus und im Vergleich sehr wenig für die Prävention", sagt er. Die Politik kompensiere zwar Unternehmen, sehe aber nicht, "dass die Quarantäne auch für den Einzelnen Kosten hat. 200 Euro für jeden, der in Quarantäne muss, käme mir nicht übertrieben vor." Wobei Winter-Ebmer nicht von Bonus oder Anreiz, sondern von Kompensation spricht.

Sorge, dass das Bezahlen von einem Verhalten, das gesetzlich ohnehin geboten ist, zu einem "Crowding out" führt, also dazu, dass die Menschen meinen, man könne frei wählen, ob man sich an die Vorschriften hält (und Geld bekommt) oder nicht (und dafür auf das Geld verzichtet), hat Winter-Ebmer nicht. Umfragen z. B. aus Israel und Kanada zeigten, dass ein Bonus die Bereitschaft erhöht, sich an die Quarantäneregeln zu halten.

Familienumzug ins Hotel

Prainsack und Zartler sind hingegen skeptisch. Wenn schon Geld, dann brauche es nicht einen fixen Betrag für alle, sondern eine an die ökonomische Familiensituation angepasste Lösung, sagt Zartler. Sie denkt auch an praktische Hilfe, etwa wenn es um die Absonderung von Infizierten innerhalb eines Haushalts geht. Denn diese sei räumlich oft schlicht nicht möglich: "De facto nimmt man dann in Kauf, dass man sich in der Familie gegenseitig ansteckt." Angesichts der vielen leer stehenden Hotels könne man überlegen, gerade Familien mit Platznot räumliche Ausweichmöglichkeiten in nahe liegenden Hotels anzubieten. Allerdings nur auf freiwilliger Basis: Eine verpflichtende Hotel-Quarantäne für Infizierte nach asiatischem Vorbild ist aus ihrer Sicht nicht vorstellbar.

Zum "Das Wichtigste des Tages"-Newsletter anmelden

Alles was Sie heute wissen müssen: Neben Breaking News erhalten Sie die wichtigsten Themen und Analysen des Tages zusammengefasst in Ihrem Postfach.

E-MAIL

rudolf.winterebmer@jku.at

Anmelden